



## Jugendpolitische Forderungen des Landesjugendringes Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl 2010

---

### 1 **Schulische Bildung – Integration aller Kinder und Jugendlichen muss** 2 **oberstes Leitziel sein**

3 „Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage und Herkunft und  
4 sein Geschlecht ein Recht auf schulische Bildung, Erziehung und individuelle Förderung“, so  
5 wird die Aufgabe der Schule im Schulgesetz Nordrhein-Westfalen beschrieben.

6 Allerdings wird das derzeitige Schulsystem seiner Aufgabe, für Chancengerechtigkeit zu sor-  
7 gen und soziale Benachteiligungen auszugleichen, nicht gerecht. Das Gegenteil ist der Fall:  
8 Es findet eine deutliche soziale Selektion im Bildungssystem statt, die sich in den letzten  
9 Jahren sogar noch verschärft hat.

10 Schule - dies formulieren alle wissenschaftlichen Studien derzeit sehr deutlich - kann einem  
11 umfassenden Bildungsauftrag allein nicht gerecht werden. Gelingendes Aufwachsen von  
12 Kindern und Jugendlichen setzt Vielfalt voraus - an Bildungsangeboten, Bildungsorten und  
13 Personen.

14 Der Landesjugendring NRW fordert:

- 15 • Ein integriertes Schulsystem und gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen bis  
16 zur 10. Klasse.
- 17 • Ein qualitativ gut ausgebautes flächendeckendes Ganztagschulsystem, wobei die ge-  
18 wählte Organisationsform (offen, teil-gebunden oder gebunden) sich an den konkreten  
19 Bedarfslagen der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien orientieren muss.
- 20 • Schulen müssen angemessene Formen individueller Förderung entwickeln, damit jeder  
21 Schüler und jede Schülerin einen Abschluss erhält, der sie für eine Berufsausbildung  
22 qualifiziert.
- 23 • In der ganztägigen Schule muss Raum für non-formale Bildungsprozesse und informelle  
24 Lerngelegenheiten sein. Es gilt ein - an den Interessen und Bedürfnissen der Kindern  
25 und Jugendlichen ausgerichtetes - Konzept für die Ganztagsarbeit zu erarbeiten, das Un-  
26 terricht und außerunterrichtliche Elementen eng verzahnt. Dazu muss die Kooperation  
27 von Schulen mit Trägern der Jugendhilfe auf der Basis wechselseitiger Anerkennung, Ei-  
28 genständigkeit und Gleichwertigkeit ausgebaut werden.
- 29 • Neben der Schule muss ausreichend Zeit für Kinder und Jugendliche verbleiben für  
30 selbst gestaltete Freizeit, ebenso wie für die Nutzung der Freizeit- und Bildungsangebote  
31 der Jugendverbände.

## 1 **Prekäre Lebenslagen verhindern - Ausbildung und Arbeit für alle jungen** 2 **Menschen**

3 Junge Menschen brauchen Sicherheit und die Perspektive auf ein selbständiges Leben. Da-  
4 zu gehört insbesondere die finanzielle Sicherheit und Selbständigkeit über eine Berufsaus-  
5 bildung und Arbeit. Viele junge Menschen haben Angst, keinen Job zu finden - und diese  
6 Sorge ist nicht unbegründet, denn die Arbeitslosenquote ist bei Jugendlichen fast doppelt so  
7 hoch wie im Durchschnitt.

8 Junge Menschen arbeiten zudem häufig in prekären Beschäftigungen - befristet, schlecht  
9 bezahlt, in Minijobs oder bei Leiharbeitsfirmen. Besonders betroffene Gruppen sind junge  
10 Frauen und junge Menschen mit Migrationshintergrund.

11 Derzeit findet nur jede zweite Ausbildung im Rahmen des dualen Ausbildungssystems statt  
12 und wird auch vergütet. Die andere Hälfte der Ausbildungen wird an Berufskollegs oder bei  
13 Trägern absolviert - ohne Bezahlung.

14 Angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage muss mit einem erheblichen Rückgang des Aus-  
15 bildungsangebots gerechnet werden. Auch die Übernahmechancen junger Menschen in die-  
16 sem Jahr sinken rapide, so dass viele junge Menschen nach ihrer Ausbildung gleich arbeits-  
17 los sind. Der Wert einer Berufsausbildung verfällt jedoch schnell, wenn sich keine Berufser-  
18 fahrung anschließt. Es besteht also dringender Handlungsbedarf!

19 Der Landesjugendring fordert:

- 20 • Die Politik muss Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen, damit ausreichend Ausbil-  
21 dungsplätze für jeden jungen Menschen geschaffen werden. Dies kann nur durch ein ge-  
22 rechtes System erreicht werden, in dem sich jeder Betrieb an Ausbildung oder der Finan-  
23 zierung von Ausbildung beteiligen muss.
- 24 • Jedem jungen Menschen muss nach erfolgtem Schulabschluss ein Angebot für eine qua-  
25 lifizierte Berufsausbildung gemacht werden.
- 26 • Der Zugang zu guter und gerecht bezahlter Arbeit muss für jeden Menschen möglich  
27 sein. Prekäre Beschäftigung muss abgeschafft werden.
- 28 • Für gleiche Arbeit muss auch gleicher Lohn bezahlt werden, dies gilt sowohl für Frauen  
29 und Männer als auch für Leiharbeitskräfte und regulär Beschäftigte.
- 30 • Das Hilfesystem im Übergang von der Schule in den Beruf muss überprüft werden. War-  
31 teschleifen ohne Übergangsperspektive gehören eingestellt, wirksame, betriebsnahe Un-  
32 terstützung für schwächere Jugendliche, wie z.B. der „Dritte Weg in NRW“ und der Tarif-  
33 vertrag für Ausbildung in der Metallbranche NRW sollen ausgebaut werden.

## 34 **Das Kinderarmut verhindern heißt mehr als ein warmes Mittagessen**

35 Die Schere zwischen arm und reich öffnet sich in unserer Gesellschaft, durch die Wirt-  
36 schaftskrise noch verstärkt, immer mehr. Fast jedes vierte Kind in NRW lebt in einem ein-  
37 kommensarmen Haushalt. Ein besonders hohes Risiko, von materieller Armut betroffen zu  
38 sein, tragen Alleinerziehende und ihre Kinder sowie Personen in kinderreichen Familien.

39 Das Armutrisiko der Kinder hängt wesentlich mit der Erwerbsbeteiligung der Eltern zusam-  
40 men. Aber auch eine Vollzeit-Erwerbstätigkeit eines Elternteils schützt nicht mehr vor Armut.  
41 Bei mehr als jedem sechsten Vollzeit-Alleinverdiener mit einem oder mehreren Kind/ern  
42 reicht das Einkommen nicht aus, um dem Armutrisiko zu entgehen. Jugendliche und junge  
43 Erwachsene unterliegen einem besonders hohen Risiko von Erwerbslosigkeit betroffen zu  
44 sein. Bei den 15- bis unter 25-Jährigen liegt die Erwerbslosenquote bei 15,3%.

1 Arm zu sein bedeutet für Kinder aber mehr als nur wenig Geld zu haben. Es bedeutet bspw.,  
2 in beengten Wohnverhältnissen zu leben und nur wenige Möglichkeiten zu haben, an sozia-  
3 len und kulturellen Angeboten teilzuhaben. Materielle Armut bei Kindern geht zudem häufig  
4 einher mit psychosozialen Belastungen und wirkt sich negativ auf die Gesundheits- und Bil-  
5 dungsbiographie aus. Die zentrale Armutsdimensionen Bildung, Einkommen und Gesundheit  
6 verstärken sich gegenseitig und werden zudem oft vererbt. Hier müssen vielfältige Lösungs-  
7 möglichkeiten erarbeitet werden.

8 Der Landesjugendring fordert:

- 9 • Es muss eine Grundsicherung für alle Bürgerinnen und Bürger eingeführt werden. Für  
10 Kinder muss es zusätzlich eine von den Eltern unabhängige, bedarfsgerechte Grundsich-  
11 cherung geben.
- 12 • Es müssen flexible Arbeitszeitmodelle geschaffen werden, die die Vereinbarkeit von Er-  
13 werbs- und Familienarbeit verbessern.
- 14 • Es muss ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn eingeführt werden.
- 15 • Kinderbetreuungsplätze müssen kostenlos für alle Kinder angeboten werden. Die Quali-  
16 tät der frühkindlichen Bildung muss gestärkt werden.
- 17 • Lernmittelfreiheit muss für alle Kinder und Jugendlichen gewährt werden.
- 18 • Für alle Kinder und Jugendlichen muss die Möglichkeit geschaffen werden, an Ferienfrei-  
19 zeiten teilzunehmen.
- 20 • Die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit muss ausgebaut werden, um allen Kin-  
21 dern ein angemessenes Bildungs- und Freizeitangebot machen zu können und soziale  
22 Ausgrenzung und Isolation zu verhindern.

## 23 **Kinder und Jugendliche ernst nehmen – Beteiligung und Mitsprache-** 24 **rechte ausbauen**

25 Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, gehört zu werden und sich an den sie  
26 betreffenden Angelegenheiten zu beteiligen. Die generelle Verpflichtung zur Beteiligung von  
27 Kindern und Jugendlichen ist durch gesetzlich festgeschriebene Vorgaben auf verschiede-  
28 nen politischen Ebenen verankert (UN-Kinderrechtskonvention, Kinder- und Jugendhilfege-  
29 setz, Landesverfassung NRW und Kinder- und Jugendförderungsgesetz NRW). Dieses  
30 Recht gilt es auch in der Realität umzusetzen.

31 Der Landesjugendring NRW fordert:

- 32 • Für alle Kinder und Jugendliche müssen vielfältige, altersgerechte Partizipationsmöglich-  
33 keiten geschaffen werden mit echten Kompetenzen und der Einbindung in reguläre Ent-  
34 scheidungsprozesse, die tatsächliche Auswirkungen auf den politischen Alltag haben.
- 35 • Es müssen verschiedene Formen zur aktiven Teilhabe und Mitbestimmung von Schüle-  
36 rinnen und Schülern im Schulalltag entwickelt werden, denn nur so wird Demokratie für  
37 Schülerinnen und Schüler erlern- und erlebbar.
- 38 • Die Meinung von Kindern und Jugendlichen darf keine Nebenrolle bei politischen Ent-  
39 scheidungen spielen. Das Wahlalter muss bei allen Wahlen auf 14 Jahre gesenkt wer-  
40 den.
- 41 • Kinder werden im Grundgesetz bisher nur als Objekte ohne eigenen Rechtsstatus be-  
42 handelt. Kinder und Jugendliche haben jedoch ein eigenständiges Recht auf Schutz,

1 Förderung und Beteiligung. Kinderrechte müssen daher im Grundgesetz verankert wer-  
2 den.

### 3 **Integration – Potentiale junger Menschen anerkennen und wertschätzen**

4 Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte stellen einen großen Teil unserer Ge-  
5 sellschaft dar, für ein Viertel aller Einwohner unter 26 Jahren ist Migration Teil der eigenen  
6 oder familiären Identität. Viele dieser jungen Menschen sind hier geboren und aufgewach-  
7 sen, sie haben hier ihre Bildungs- und Berufslaufbahn absolviert und sind selbst verständli-  
8 cher Teil unserer Gesellschaft.

9 Bisher wird über Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien jedoch häufig unter dem  
10 Stichwort „Problemgruppe“ diskutiert. Damit werden aber weder die vielfältigen Potentiale  
11 und Kompetenzen, die sie mitbringen, gewürdigt, noch wird die Vielfältigkeit ihrer sozialen,  
12 familiären und kulturellen Lebenswelten berücksichtigt. Durch die Zuweisung eines Objekt-  
13 status gerät zudem ihr selbstverständliches Recht, sich selbst für ihre eigenen Interessen  
14 stark zu machen und selbst über ihre eigene Zukunft mitzureden und mit zu entscheiden,  
15 aus dem Blick. Junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte brauchen die gleichen Chan-  
16 cen und Freiräume wie alle Kinder, integrationshemmende Regelungen müssen abgebaut  
17 werden.

18 Der Landesjugendring fordert:

- 19 • Junge Menschen aus Zuwandererfamilien müssen die Möglichkeit haben, sich in eigenen  
20 Jugendverbänden zu organisieren. Migrantenjugendorganisationen haben ein eigenes  
21 Profil und darüber eher die Chance, Kinder und Jugendliche mit Migrationsgeschichte  
22 anzusprechen und für gesellschaftliche und jugendpolitische Mitwirkung zu gewinnen.  
23 Diese Selbstorganisationen müssen von Kommunen und Land mit zusätzlichen Ressourcen  
24 gefördert werden, damit sie dauerhafte Strukturen aufbauen können.
- 25 • Für Jugendverbände und Jugendringe müssen zusätzliche Ressourcen zur Verfügung  
26 gestellt werden, um ihr Engagement zur Ansprache und Integration junger Menschen aus  
27 Zuwandererfamilien weiter auszubauen.
- 28 • Kinderrechte und Kinderschutz dürfen nicht vom Aufenthaltsstatus eines Kindes oder  
29 Jugendlichen abhängen! Die Vorbehaltserklärung, mit der die Bundesregierung die UN-  
30 Kinderrechtskonvention ratifiziert und den Vorrang des Ausländer- und Asylrechts ge-  
31 genüber den Kinderrechten festgeschrieben hat, muss gestrichen werden.
- 32 • Für langjährig hier lebende geduldete Flüchtlingskinder muss es eine großzügige Bleibe-  
33 rechtsregelung geben. Kinder und Jugendliche, die in Deutschland ihre Heimat gefunden  
34 haben, müssen die Chance bekommen, sich eine berufliche und persönliche Zukunfts-  
35 perspektive aufzubauen.

### 36 **Rechtsextremismus bekämpfen**

37 Die Erscheinungsformen und Strategien der Rechtsextremisten haben sich in den letzten  
38 Jahren enorm verändert. Rechtsextremismus gibt es auch ohne seine äußeren Merkmale  
39 wie Springerstiefel, Glatzen und Bomberjacken. Gleichzeitig bemühen sich Rechtsextreme,  
40 ihrem Auftreten in der Öffentlichkeit einen bürgerlichen Anstrich zu geben und Anknüpfungspunkte  
41 in der Mitte der Gesellschaft zu finden. Sie greifen lokalpolitische Themen auf, um Bürger-  
42 nähe zu demonstrieren und gebärden sich als Interessensvertreter sozialer Interessen.

1 Insbesondere Jugendliche werden gezielt umworben. Wo attraktive, sinnstiftende und le-  
2bensweltbezogene Angebote fehlen, nutzen rechte Gruppierungen diese Lücke, um mit Frei-  
3zeit- und Sportveranstaltungen, Konzerten und Events junge Menschen zu ködern.  
4 Auch Schulen, Jugendclubs, -vereine und -verbände geraten ins Visier rechtsextremer  
5 Gruppierungen.

6 Der Landesjugendring fordert:

- 7     ▪ An allen Bildungseinrichtungen (Schulen, Kindergärten, Jugendhilfe) muss die altersge-  
8 rechte politische Bildung gefördert werden.
- 9     ▪ Demokratische und partizipative Formen der Mitwirkung für Kinder und Jugendliche müs-  
10 sen ausgebaut werden, vor allem auf kommunaler Ebene.
- 11     ▪ Der Stellenwert der außerschulischen Bildungsarbeit muss gestärkt werden.
- 12     ▪ Alle politisch Verantwortlichen sollten – gerade im Vorfeld von Wahlen - Rechtsextre-  
13 mismus in jeglicher Form offensiv bekämpfen und klar und öffentlich für kulturelle Vielfalt  
14 und Toleranz eintreten.
- 15     ▪ Die Finanzierung für antirassistische Projekte und Gruppierungen, vor allem in der Stadt-  
16 teilarbeit, muss sicher gestellt sein.
- 17     ▪ Die Landesregierung NRW wird aufgefordert, sich für ein Verbot der NPD und anderer  
18 rechtsextremer Gruppierungen einzusetzen.

## 19 **Ehrenamtliches Engagement stärken**

20 Jugendverbandsarbeit lebt vom ehrenamtlichen Engagement vieler Jugendlicher und Er-  
21wachsener. Ohne das vielfältige Engagement von Ehrenamtlichen könnten viele Veranstal-  
22tungen wie Bildungsseminare und Gruppenarbeit, Ferienfreizeiten und internationale Aus-  
23tauschmaßnahmen gar nicht stattfinden. Gleichzeitig bietet das ehrenamtliche Engagement  
24vielfältige Gelegenheiten zum informellen Lernen.

25 Aktuelle bildungspolitische Entscheidungen (Schulzeitverkürzungen, Neuorganisation der  
26 Studiengänge nach Bachelor und Master) haben für junge Menschen jedoch eine enorme  
27 zeitliche Verdichtung, eine höhere Stressbelastung und weitaus weniger frei zur Verfügung  
28 stehende Zeit zur Folge. Diese Entwicklungen haben natürlich auch Auswirkungen auf das  
29 ehrenamtliche Engagement.

30 Zudem wird es für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit immer schwerer, Sonderurlaub zu be-  
31 antragen. Die Bereitschaft in Wirtschaft und Verwaltung, Sonderurlaub zu gewähren, ist  
32 spürbar gesunken, junge Menschen befürchten oft Nachteile für ihre berufliche Entwicklung.

33 Der Landesjugendring NRW fordert:

- 34     • Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen ist gefordert, Maßnahmen zur Verbesserung  
35 der Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement in der Jugendhilfe zu entwi-  
36 ckeln.
- 37     • Bei Arbeitgebern in Wirtschaft und Verwaltung muss die Bedeutung ehrenamtlichen En-  
38 gagements in der Jugendhilfe sowohl für die berufliche Tätigkeit als auch für unser Ge-  
39 meinwesen stärker bewusst gemacht werden, um bei ihnen die Bereitschaft zur Gewäh-  
40 rung von Sonderurlaub zu fördern.
- 41     • Die Jugendleiter/innen-Card muss als Qualitätsmerkmal für ehrenamtliche Tätigkeit in der  
42 Kinder- und Jugendarbeit bekannt gemacht und unterstützt werden.

- 1 • Das bundesweite Online-Verfahren zur Beantragung von Jugendleiter/innen-Cards muss  
2 durch das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration zügig umgesetzt  
3 werden.
- 4 • Im Ehrenamt erworbene Kompetenzen müssen bei der Anrechnung auf Studienleistun-  
5 gen stärker berücksichtigt werden, bspw. durch die Anrechenbarkeit ehrenamtlicher Tä-  
6 tigkeiten als Praktika oder als Boni bei der Studienplatzvergabe.

## 7 **Kinder- und Jugendförderplan NRW erhöhen**

8 Kinder- und Jugendarbeit ist ein eigenständiges Handlungsfeld, das mit dem Kinder- und  
9 Jugendförderungsgesetz NRW eine eigenständige Rechtsgrundlage hat. Allerdings hat die  
10 Kinder- und Jugendarbeit in den letzten Jahren drastische finanzielle Einschnitte und Perso-  
11 nalabbau hinnehmen müssen, die die Absicherung und Verstetigung der eigenen Arbeit und  
12 Entwicklung von Strategien in Bezug auf neue Herausforderungen und Entwicklungen (bspw.  
13 Integration, Armut, Kooperationen mit Schule) sehr erschweren.

14 Der Landesjugendring fordert:

- 15 • Kinder- und Jugendarbeit muss als eigenständiges Handlungsfeld weiter ausgebaut wer-  
16 den.
- 17 • Für eine den Interessen und Bedarfen von Kindern und Jugendlichen gerecht werdende,  
18 qualitativ gute Arbeit müssen die Mittel im Kinder- und Jugendförderplan auf mindestens  
19 96 Mio. Euro. erhöht werden.